

Wahl 2013: Parteien entdecken ihr Herz für Mieter

Experte hinterfragt aktuelle Wohnungspolitik

Recklinghausen, September 2013 – Pünktlich zur anstehenden Bundestagswahl am 22. September wird das Thema „Wohnen“ verstärkt für den Wahlkampf genutzt. Egal ob CDU, SPD oder die Grünen – die Parteien haben erkannt, dass dieser Punkt in der letzten Zeit stark an Bedeutung gewonnen hat. Und somit für den Wahlausgang nicht ganz unwichtig ist.

„Bezahlbarer Wohnraum“, „Mietpreisbremse“ oder auch „zweite Miete“: Aktuell hat jede Partei das Thema „Wohnen“ im Programm. Denn selten war dieses so stark in der Diskussion wie in den letzten Wochen und Monaten. Und pünktlich zur Wahl sind sich plötzlich alle einig: Bezahlbarer Wohnraum ist ein Muss. Dabei sah das noch vor einigen Monaten etwas anders aus: „Eine Mietpreisbremse bei Neuvermietungen von Wohnraum haben sowohl CDU / CSU und gerade auch die FDP bislang immer abgelehnt“ so Claus O. Deese, Geschäftsführer des Mieterschutzbund e.V.. „Mit dem näher rückenden Wahlabend ruderte die Kanzlerin allerdings wieder zurück“. Tatsächlich hat Angela Merkel das Thema Mietpreisbremse zum Teil des Wahlprogramms gemacht. Diese würde für Vermieter bedeuten, dass sie zukünftig nicht mehr die Mieten nehmen können, die der Markt hergeben würde. Das klingt erstmal positiv, doch in ihren eigenen Reihen wird der Punkt nach wie vor ablehnend beurteilt. „Rund 29 Mio. Wohnungen in Deutschland gehören Privatleuten“ weiß Claus O. Deese. „Viele Unionspolitiker behaupten, dass eine Mietpreisbremse den Besitz von Wohnraum für die Eigentümer unrentabel macht. Die Vermieter konnten bislang bei Neuvermietungen die Miete so gut wie frei festlegen, das wollen sie auch weiterhin.“

Mietrechtsänderungsgesetz

Überhaupt stand das Wohl der Mieter bis zum 1. Mai 2013 eher nicht im Fokus der Regierungskoalition. Da wurde noch schnell das Mietrechtsänderungsgesetz durchgeboxt, das sehr vermietetfreundlich ausgefallen ist. „Hier wurden die Mieterrechte massiv eingeschränkt“ so Deese. „Viele Vermieter lassen ihre Wohnungen nun beispielsweise energetisch sanieren, da die Mieter aufgrund des neuen Gesetzes die Miete für diesen Zeitraum nicht mehr mindern dürfen. Für den

Pressemitteilung



Vermieter entstehen dadurch also keine Nachteile und fast immer erhöht er anschließend die Miete für die frisch sanierte Wohnung, die sich dann nicht mehr jeder Mieter leisten kann.“ Kurz vor der Wahl ist den beteiligten Parteien allerdings bewusst geworden, dass dieses Gesetz nicht unbedingt von Vorteil war, wenn es darum geht, Wählerstimmen zu bekommen, so dass sie nun versprechen, zukünftig anders zu handeln, als sie es bis vor kurzem noch getan haben.

Bezahlbarer Wohnraum in der Diskussion

Bezahlbaren Wohnraum gibt es in Ballungszentren wie Hamburg, Stuttgart, Köln und München kaum noch. Geringverdiener sind hier immer öfter auf die Unterstützung des Staates angewiesen und auch bei Besserverdienenden geht ein Großteil des Gehalts oftmals für die Miete drauf. Das liegt unter anderem daran, dass hier das Geld verdient wird, denn das Jobangebot in Großstädten ist deutlich umfangreicher als in ländlichen Gebieten. „Die Menschen ziehen vermehrt in Großstädte und deren Speckgürtel“ so Claus O. Deese. „Doch leider wurde beizeiten versäumt, die Wohnungspolitik dieser Situation anzupassen. Das Wohnungswesen wurde dem Markt überlassen, so dass die Mieten in diesen Regionen immer weiter gestiegen sind. Hier hätte die Politik schon vor langer Zeit regulierend eingreifen müssen.“ Und weiter: „Aufgrund des verkürzten Abiturs gibt es zusätzlich fast doppelt so viele Studenten wie vorher, die auf den Wohnungsmarkt der Universitätsstädte drängen. Auch dieses Problem war seit langem bekannt, getan hat trotzdem keiner etwas.“

Wohnungen dauerhaft sichern

Jahrzehntelang wurde viel Steuergeld in den Wohnungsbau gesteckt. Falsch gefördert, denn sonst wären die massiven Probleme, die hier herrschen, heute nicht existent. „Das ganze System hinkt“ so Deese. „Wir brauchen zukünftig einen bestimmten Prozentsatz an Wohnungen, die dem Kapitalmarkt dauerhaft entzogen werden“. Diese Wohnungen müssten dann für die Menschen bereitgestellt werden, die sich keine großen bzw. teuren Wohnungen leisten können. „Hier nützt es nämlich nichts, Wohnungen als Sozialwohnungen zu deklarieren, da diese nach 30 Jahren wieder dem freien Markt zugeführt werden und der Vermieter die Mieten deutlich erhöhen kann.“ Ob und wie die aktuellen Versprechungen aller Parteien nur dem Wahlkampf geschuldet sind, muss jeder für sich selbst entscheiden.

5.288 Zeichen (inkl. Leerzeichen)

Pressemitteilung



Der Mieterschutzbund e.V. (www.mieterschutzbund.de) hat über 27.000 Mitglieder im ganzen Bundesgebiet, deren Interessen kompetent vertreten werden. Der Hauptsitz des Mieterschutzbundes ist in Recklinghausen, weitere Büros gibt es in Bochum, Bottrop, Dortmund und Herne.

PRaffairs, die Agentur für Kommunikation, Medien und Marken, berät überwiegend Unternehmen mit den Schwerpunkten Nahrungs- und Genussmittel, Wohnen/Leben/Reisen sowie Medizin & Gesundheit. Die Agentur ist spezialisiert auf klassische PR-Instrumente, Medienentwicklung und Online-Relations.

Pressekontakt/Belegexemplare:

PRaffairs GbR

Ines Axen

Alte Volksparkstraße 24, 22525 Hamburg

T: 040/429 347 090

F: 040/429 347 091

W: www.pr-affairs.de